Nummer 252 — 23. Jahrgang
6mal wöchtl. Bezugspreis: f. Oktober 2 R.-M. ausschl. Bestellgeld. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark. Preise: Die einspaltene Petitzeile 30 ₰, f. Familien- u. Vereinsanz., Gesuche 20 ₰. Die Petit-Reklamezeile 89 mm breit, 1 ℳ. Offertengebühr für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung d. d. Post außerdem Portozuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Rentenpfennig. Geschäftlicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Mittwoch, 29. Oktober 1924
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutlich u. d. Fernspr. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei GmbH., Dresden-N. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32722. Postscheckkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-N. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32723

Das Zentrum marschiert

Wirtschaft und Kultur

Der Schluß des Reichskanzler-Referats

Die Politik hat auch die sozialen Gliederungen zusammenzuführen, weil nur so das Nebeneinanderleben und das Gegeneinanderstreben der einzelnen sozialen Gruppen zu einem Füreinanderleben und Miteinanderstreben geführt werden kann. Nur so ist deutsche Staatsordnung, nur so ist

Deutsche Politik

überhaupt möglich. Die Zentrumspartei hat in ihrer Zusammensetzung aus allen Schichten des Volkes die Kraft zum sozialen Miteinander in ihrer ruhmreichen Geschichte stets entfaltet. Sie wird diese Tradition weiterführen. Sie wird insbesondere nach wie vor bestrebt sein, gerade den sozial bedrückten Schichten wieder das Gefühl menschlicher und nationaler Wertschätzung zu geben, sie wird bestrebt sein, all den unglücklichen Millionen deutscher Volksgenossen, die in einer unglücklichen Entwicklung unseres Volkslebens Heimat und Vaterland verloren haben, Heimat und Vaterland wiederzugeben.

Ueber der weltanschaulichen und sozialen Gliederung, die allzu leicht auseinander führt, steht der natürliche Wille der deutschen Nation, ein Volk zu sein, ein deutsches Volk zu sein, eine Schicksalsgemeinschaft, eine Volksgemeinschaft zu werden. Dieser natürliche Wille lebt kräftig im deutschen Volke, sonst würde es nach vier Jahren Krieg und sechs Jahren ärgster Bedrückung als Volk nicht mehr bestehen. Diesen natürlichen Willen des Volkes beeinträchtigen scheinbar Strebungen, die aus dem Landsmannschaftlichen herfließen. Der Süddeutsche hat einen anderen Charakter als der Norddeutsche, der Westdeutsche einen anderen als der Ostdeutsche. Die Verschiedenartigkeit der Stammescharaktere wird noch verstärkt durch die wirtschaftliche Entwicklung, die den einzelnen Gegenden unseres Vaterlandes den Charakter als Agrargebiet, teils als Industriegebiet gegeben hat. In der Zentrumspartei haben sich diese Stammesverschiedenheiten so stark gezeigt, daß sie zur Absplitterung der Bayerischen Volkspartei geführt haben.

Die Einordnung der Verschiedenheiten deutschen Stammeslebens ist äußerlich gesehen eine Verfassungsfrage. Die Weimarer Verfassung hat die Aufgabe zu lösen versucht. Eine Verfassung legt jedoch nur die äußere Form des Staatslebens und damit auch nur die äußere Form des Zusammenwirkens der einzelnen Stämme im deutschen Staatswesen fest. Von innen gesehen ist die Frage nicht nur eine Verfassungsfrage, sondern eine Frage des Gemeinschaftslebens im Staate, wobei die einzelnen Glieder in ihrer Verschiedenartigkeit in Selbstverwaltung, aber auch in Selbstverantwortung für das Ganze zusammenwirken müssen. Nur dann, wenn wir diese Dinge in ihren äußeren und inneren Zusammenhängen sehen, können wir sie zum besten unseres Vaterlandes lösen. Wir sind entschlossen, die Begriffe Zentralismus und Föderalismus nicht zu Schlagworten werden zu lassen, um die ein Parteihader sich austoben kann.

Bismarck hatte mit den gleichen Dingen zu kämpfen. Er konstituierte eine Vormachtstellung Preußens und gewährte den übrigen Bundesstaaten größere oder kleinere Reservatrechte. Bismarck hat die Frage machtpolitisch gelöst. Wir suchen sie gesinnungspolitisch zu lösen. Das Wie ist der Entwicklung vorbehalten. **Das Ziel ist klar: Ein einiges Deutschland mit dem fernen Ziel eines Großdeutschland in Stärke nach außen und in Geschlossenheit nach innen muß gewahrt bleiben. Dieses Ziel ist nur in natürlicher Gliederung, in einem demokratischen Deutschland zu erreichen. Schwarz-Rot-Gold ist nicht Verkehrung und Verhöhnung von Schwarz-Weiß-Rot, sondern das Symbol für das politische Streben, das das gesamte deutsche Volk in natürlicher Gliederung ohne Vormachtstellung eines einzelnen Teiles zu einem nach außen machtvollen und im Innern gesicherten und gefestigten Deutschen Reiche zusammenfassen will. Die deutsche Republik von heute ist uns noch nicht Vollendung.**

Die Erhaltung Preußens, das in der nationalen Bedrückung sich als ein starker Bestandteil deutscher Einheit bewahrt hat, wird dabei von ganz besonderer Bedeutung sein. Wir sehen in Preußen ja mehr als Ostelbien, wir sehen in Preußen neben dem preußisch konservativen und leider Gottes vielfach reaktionären Kräften des Ostens die volkslebendigen, fortschrittlichen Kräfte des Westens.

Der natürliche Wille der deutschen Nation, Volk zu sein, wird ferner gestört durch Auffassungen, die durch bestimmte Gefühle und durch eine bestimmte einseitig erlebte Tradition erklärt wird. Ich brauche nur einige dieser Auffassungen in Schlagworten wiederzugeben: „Nur unter einer Monarchie kann sich ein nationales Deutschland bilden"; „jeder Erfüllungspolitiker ist ein Vaterlandsverräter"; „jeder Sozialdemokrat ist ein unnationaler Volksgenosse". „Der Katholik ist bis auf rühmliche Ausnahmen ein Staatsbürger zweiter Klasse"; „jeder Jude gehört nach Palästina". Diese Reihen ließen sich ellenlang vergrößern, die Gefühle, die in diesen Auffassungen liegen, schwingen tausendfach mit im politischen Leben des deutschen Volkes. Sie erschweren die notwendige Schaffung eines Gemeinschaftswillens im deutschen Volke, sie verhindern das Werden einer Volksgemeinschaft. Hüten wir uns vor Verallgemeinerungen; seien wir auch darin Realpolitiker, daß wir die Menschen und Gruppen sehen, wie sie sind, und nicht durch die Brille überkommener und oftmals künstlich gemachter Doktrin, die mit dem Leben nichts mehr zu tun hat.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß sich gerade im Zentrum die Politik der mittleren Linie verkörpert, die die allein mögliche nach der ganzen historisch-gewordenen Zusammensetzung unseres Volkes ist; daß im Zentrum seit je wahre Toleranz, sozialer Ausgleich, ein harmonischer Ausklang konservativer Richtung und wahrhaft liberalen Freiheits- und Gerechtigkeitssinnes in die Erscheinung getreten ist. Ich habe die Verschiedenartigkeiten deutschen Volkslebens und deutschen Volksstrebens systematisch vorzuführen versucht, herausgehoben aus einseitiger parteipolitischer Betrachtung um in voller Deutlichkeit all die Schwierigkeiten klar zu machen, mit denen die deutsche Politik sich abzumühen hat. Nur wer all die Schwierigkeiten kennt und würdigt, nur wer sie fühlt und zu meistern versucht, kann deutsche Politik verstehen, kann deutsche Politik in die rechten Bahnen lenken. Der Zentrumspolitiker hat all diese Schwierigkeiten in den letzten Jahren auf das Tiefste gefühlt und hat sie zu meistern versucht, unvollkommen gewiß, weil auch wir schwache Menschen sind, aber doch mit dem Streben nach Vollkommenheit.

Auch innerhalb der Partei sind alle diese verschiedenartigen Elemente vorhanden. Solange die Zentrumspartei besteht, haben wir versucht, die Verschiedenheiten nicht zu beseitigen, aber sie so zu ordnen, daß sie ein starkes Aktivum für das deutsche Volks- und Staatsleben geworden sind.

Die Zentrumspartei ist wahrhaftig die Volksgemeinschaft im Kleinen. Darin ruht die Kraft unserer Politik.

Aber neben uns und um uns herum stehen Millionen, die unausgeglichen bleiben; auch diese müssen wir bei der Wahl der Richtung unserer Politik im Auge behalten und berücksichtigen.

Werden wir auch die Zukunft die Partei der Volksgemeinschaft bleiben, haben all unsere Mitglieder den ernsten Willen, die Volksgemeinschaft im Kleinen zu verwirklichen? Das ist eine ernste Frage, die wir uns bei der Heerschau unserer Partei auf dem Reichsparteitage stellen müssen. Sie verlangt offene und aufrichtige Antwort. Die Antwort liegt bei Ihnen, die Sie die beauftragten Vertreter unserer gesamten Parteimitglieder sind. — Wir haben auch in der Partei kleine Teile, die in dem Beieinander aller Strebungen eine innere Schwäche sehen und darum klare Entscheidung wünschen. In Schlagworten drückt man es so aus: rechts herum oder links herum; mit dem Besitz oder mit dem Nichtbesitz; mit dem Liberalismus oder mit dem Sozialismus; mit dem Konservativen oder mit dem Fortschrittlichen; mit dem Föderalismus oder mit dem Zentralismus; mit der Monarchie oder mit der Republik; mit „Schwarz-Weiß-Rot" oder „Schwarz-Rot-Gold"; mit der Diktatur oder mit dem Parlamentarismus.

Wer nicht das ganze deutsche Volk in all seinem Leben sieht, der kann sich für einen Weg entscheiden, der kann partei- und interessenpolitische Macht über das Wohl des ganzen Volkes stellen. Wer verantwortliche Staatspolitik treiben will, kann nur den Weg wählen, der unter Berücksichtigung aller Vorgänge im Volke der Volksgemeinschaft am meisten nützt. Das ist der wahrhaft nationale Weg, ein Weg zugleich nüchterner Vernunft und politischer Moral. Solange Deutschland am Boden liegt und nur unter Zusammenfassung aller Kräfte sein materielles und nationales Dasein fristen kann, werden wir diesen Weg gehen müssen; das ist der Weg der nächsten Jahrzehnte.

Wir wollen einen starken Staat, dessen Macht, dessen Hoheit nicht nur auf äußerer Macht, sondern vor allem auf innerer Stärke beruht. Auf diesem Wege gehen wir in langsamer Entwicklung. Stürmer und Dränger mögen und sollen uns immer wieder antreiben, unseren Schritt zu beschleunigen; diesen Stürmern und Drängern werden sich immer wieder bedächtige Menschen hemmend entgegenstellen und sie vor Uebereilung bewahren.

Ich glaube an eine langsame, aber darum desto stärkere Festigung unseres inneren Volks- und Staatslebens. Alle, die mit mir diesen Glauben haben, mögen den langsamen Weg mit mir gehen.

Die Wahlparole

Berlin, 28. Oktober.

Am Ende seiner großen Rede machte Reichskanzler Marx gestern folgende Ausführungen:

In kurzen Zügen habe ich Ihnen einige Gedanken über die für das Staatsleben unentbehrlichen und wichtigen Aufgaben der Zentrumspartei vortragen dürfen. Infolge der Auflösung des Reichstages und angesichts des bevorstehenden

neuen Wahlkampfes

müssen wir unsere Ziele in aller Konzentration auf die nächste Zeit einstellen. Ich glaube, die erforderlichen Schlüsse sind aus dem Dargelegten ohne weiteres zu entnehmen. Im Vordergrund muß die Außenpolitik stehen. Noch kämpft das deutsche Volk um seine Wertgeltung im Konzert der Völker. Noch ist sein Staatsgebiet nicht frei von ausländischer Besatzung. Noch ist seine Wirtschaft und seine Währung aufs Aeußerste bedroht. Die Pflicht der Selbsterhaltung, die dem Staatswesen ebenso wie dem Einzelnen als sittliche und rechtliche Pflicht obliegt, zwingt uns zunächst für die Wiederaufrichtung und Verstärkung des Hauses selbst zu sorgen. Die innere Einrichtung mag einstweilen noch mangelhaft und verbesserungsbedürftig bleiben.

Noch immer handelt es sich um Leben und Sterben des deutschen Volkes, um die Erhaltung der Einheit des Reiches.

Die im letzten Jahre beobachtete Politik der Verständigung, der Anbahnung vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten, auch mit denjenigen, mit denen wir im unseligen Weltkriege die Waffen gekreuzt haben, hat unbestreitbare Erfolge gezeitigt. Es wäre geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, würde dieser Weg verlassen werden. Beim kommenden Wahlkampf muß mit aller Entschiedenheit die Bedeutung der Außenpolitik in den Vordergrund gestellt und eine Zusammensetzung des Reichstages erstrebt werden, die eine Fortsetzung dieser Politik gewährleistet. Wenn jemals, dann ist gerade für die bevorstehenden schweren Monate das

Festhalten der mittleren Linie

der Politik, wie sie im letzten Jahre mit Erfolg durchgeführt worden ist, unbedingt erforderlich für die Förderung des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus unseres zerrütteten Staatslebens. Die Zentrumspartei ist für sich allein zu schwach, um dieses Ziel zu erreichen. Sie bedarf der Unterstützung anderer Kreise und Parteien. Sie wird, wie der Reichsparteivorstand in seiner Sitzung zu Hannover am 31. August d. J. beschlossen hat, bereit sein, alle politischen Kräfte, die positiv zum Besten des Reiches und des Volkes mitzuarbeiten gewillt sind, heranzuziehen und sie wird niemanden zurückweisen, der zu dieser gemeinsamen Arbeit entschlossen ist. Das Ziel unserer Politik muß, wie es in dem angeführten Beschlusse unbestreitbar richtig heißt, „nach wie vor die Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft sein, an der alle nationalen, sozialen und kulturellen Kräfte des deutschen Volkes zur fruchtbaren Auswirkung gelangen können."

Leider ist der schöne Gedanke der Volksgemeinschaft im Wettstreit der Parteien in den letzten Monaten derart zerfetzt und verwirrt worden, daß es alle Kräfte bedürfen wird, ihn wieder zu voller Klarheit und voller Anerkennung zu erheben. Gerade die Zentrumspartei ist dazu geeignet und bereit, und sie schließt nach ihren allgemeinen Grundsätzen niemanden von gemeinsamer politischer Betätigung aus, der guten Willens ist und mit ihr das hohe Ziel erstrebt: Gesundung und Wiedererstarkung des deutschen Volkes durch positive politische Arbeit auf der Grundlage des Rechts und der Verfassung.

Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik

Das Wort Rathenaus: „Deutsche Wirtschaft ist deutsches Schicksal" hat eine Berechtigung, wenn man bedenkt, daß die materielle und soziale Lage eines Volkes von einer sinnhaften Führung der Wirtschaft abhängig ist. Die Zentrumspartei darf deshalb die hohe Bedeutung wirtschaftlicher, sozialer und finanzpolitischer Fragen für das gesamte Volks- und Staatsleben nicht aus dem Auge verlieren. Ich werde über diese Dinge nur kurz sprechen, weil ein Eingreifen des Staates und der Politik in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse von der Entwicklung der Wirtschaft in der Zukunft abhängt, die kein Mensch bis ins Einzelne voraussagen kann.

Es steht fest, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sich langsam zu festigen beginnen. Es war ein schweres Stück Arbeit, das bei dem drohenden Zusammenbruch im Herbste des Jahres 1923 begonnen worden ist. Die Mühe hat sich gelohnt. Der Staat hat einen großen Anteil an der Wiedergewinnung einer festen wirtschaftlichen Grundlage. Die Schaffung einer Währung, der Erlaß wirtschaftlicher und sozialpolitischer Notverordnungen mannigfachster Art, der Abschluß des Londoner Vertrages haben nach innen und außen zur Festigung und Beruhigung der deutschen Wirtschaft beigetragen. — Die deutsche Regierung ist zurzeit bemüht, durch den

Abschluß von Handelsverträgen

der deutschen Volkswirtschaft die ihr gebührende Stellung in der Weltwirtschaft zu verschaffen. Es ist das ein schwieriges Bemühen, weil die Weltwirtschaft selbst noch nicht wieder in der Gleichmäßigkeit funktioniert, wie es vor dem Kriege der Fall war. Es ist ein schwieriges Bemühen auch aus dem Grunde, weil wir als schwacher Staat jede für uns günstige Position uns erkämpfen müssen. Handelsverträge sind nie vollkommen gewesen; sie sind das Ergebnis von Verhandlungen, die von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft geführt werden und in Kompromissen endigen. Ich bin mir darüber klar, daß es sich bei den jetzigen Handelsverträgen um Versuche handelt, die beste Form der Eingliederung unserer Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft zu finden. **Bei den Verhandlungen lassen wir uns leiten von der Ueberlegung, daß der Export oberste Forderung für uns ist und daß die Erhaltung und Förderung der inländi-**

SLUB
Wir führen Wissen.